

**Zeitschrift:** ZeitBild

**Herausgeber:** Schweizerisches Ost-Institut

**Band:** 17 (1976)

**Heft:** 25

**Artikel:** Das Konzept der Neutralität im Sowjetlager 3. Forderung von Fall zu Fall

**Autor:** Revesz, Laszlo

**DOI:** <https://doi.org/10.5169/seals-1094752>

### **Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

### **Conditions d'utilisation**

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

### **Terms of use**

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

**Download PDF:** 18.04.2026

**ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>**

## Das Konzept der Neutralität im Sowjetlager

# Forderungen von Fall zu Fall

## Fortsetzung der Untersuchungsfolge von Laszlo Revesz

**Das sowjetische oder sowjetkonforme Neutralitätskonzept, das wir in den beiden letzten Nummern betrachtet haben, ist keine Abstraktion. Angestrebt wird vielmehr die praktische Verwirklichung von Fall zu Fall. Heute wollen wir der Frage nachgehen, wie sich die konkreten Forderungen in Europa ausnehmen.**

Wir haben aus den bisherigen Belegen gesehen, dass das sowjetische Konzept parteilicher Friedensneutralität den neutralen Staaten Komplikationen bringen kann. Laut sowjetischer Auffassung darf das neutrale Land seinen Status nicht selbst interpretieren, und schon gar nicht aus einer eigenen Interpretation praktische Konsequenzen ziehen. Vielmehr verlangt man eine Neutralitätspraxis, die dem sowjetischen Konzept entspricht.<sup>1</sup>

Wieweit das neutralitätspolitische Wohlverhalten den sowjetischen Anforderungen genügt oder nicht, ersieht man aus der Verteilung von Lob und Tadel an die Adresse der verschiedenen neutralen Staaten schon in Europa. Finnland wird als Musterbeispiel für echte Neutralität angeführt, wogegen zu verschiedenen Zeiten Schweden (weniger), die Schweiz (mehr) und Oesterreich (am meisten) der Neutralitätsverletzung angeklagt wurden.

**An Oesterreich: Eure Armee ist überflüssig. Erstens bedrohen wir euch nicht, und zweitens habt ihr gegen eine Bedrohung von uns ohnehin keine Chance.**

Von der konkreten Aktualität der jeweiligen Anschuldigungen abgesehen: aus ihnen kann man die Forderungen des Sowjetlagers kennenlernen. Wobei als Faustregel gilt, dass die Forderungen höher geschraubt werden, wenn man ihnen entgegenkommt.

Von der Tschechoslowakei aus warf man 1971 Oesterreich vor, seine Neutralität schwerwiegend verletzt zu haben, weil sein Bundesheer mit den amerikanischen und westdeutschen Streitkräften zusammenarbeite und eine einseitige Vorliebe für das westliche Paktsystem bekunde.<sup>2</sup> Zur Wahrung seiner Neutralität müsste Oesterreich also auch mit den Verteidigungsministerien der Warschau-Pakt-Länder zusammenarbeiten.

Ein beliebter Aufhänger dafür, neutralen Staaten personalpolitische Vorschriften zu machen, ist die angebliche oder wirkliche Belastung insbesondere von Militärpersonen durch die Vergangenheit. Unter Bezugnahme auf dieses Motiv hatte man in der CSSR 1964 den Oesterreichern klargemacht, dass sie ihre Generale zu entlassen hätten:

«Der Generalstab der österreichischen Armee ist weder in seiner Zusammensetzung noch in seiner Tätigkeit mit der Neutralität Oesterreichs verein-

bar. Das ergibt sich schon daraus, dass beinahe jeder Kommandant und jeder hohe Offizier seinerzeit in der Hitlerschen Wehrmacht gedient hatte. Solche Offiziere erziehen die jungen Soldaten natürlich nicht im Geist von Demokratie und Neutralität.»<sup>3</sup>

Freilich war es 1964 unwahrscheinlich, dass Militärs auf höchsten Posten ihre Laufbahn erst nach dem Krieg angefangen hatten. Die Wehrmacht hatte sie wie alle andern ihrer Generation eingezogen. Wenn sie bloss deshalb untragbar wären, hätte man die ganze Bevölkerung jahrgangsweise aussortieren müssen, soweit es um die Besetzung von Stellen mit «erzieherischer» Verantwortung ging.

Wenn schon, müsste die Frage der Untragbarkeit wegen der Vergangenheit nach politischen Kriterien geprüft werden. Und dann käme die Belehrung gerade recht aus der Tschechoslowakei, wo es von Partei-, Staats- und Gesellschaftsfunktionären wimmelt, die Nazi-Kollaborateure gewesen sind (siehe ZB, Nr. 9/1976)!

Gewiss stand Gustav Husak, der während des Krieges Hilfsgelder für alle paramilitärischen faschistischen Organisationen, wie Hlinkagarde und Hlinkajugend, eingebracht hatte, 1964 noch nicht an der Spitze von Partei und Staat, aber ein schamhaftes Schweigen zu diesem Motiv wäre den CSSR-Behörden schon damals gut angestanden.

Nun, das Motiv war und bleibt Augenwischerei; ernst gemeint war und bleibt der Anspruch, bei einem neutralen Staat mitbestimmen zu dürfen, wer für militärische Posten in Frage kommt und wer nicht. Wenn sich ein souveräner Staat als zuständig für seine eigene Personalpolitik betrachtet, verletzt er seine Neutralität. Ein neutrales Land hat sich nicht in seine eigenen Angelegenheiten einzumischen.

In neuerer Zeit ist Oesterreich eine mangelhaft aktive Neutralitätspolitik vorgeworfen worden, und zwar im Zusammenhang mit der KSZE, für die man sich in Wien laut Darstellung aus dem Sowjetlager nicht eifrig genug eingesetzt hatte. Dies wurde darauf zurückgeführt, dass die österreichische Regierung entgegen ihrer Neutralitätspflicht ausserstande sei, sich dem politischen Einfluss gewisser Nato-Länder zu entziehen.

Uebel vermerkt wurden desgleichen bestimmte österreichische Vorstellungen zum Inhalt der KSZE. Insbesondere warf man Bundeskanzler Kreisky persönlich vor, er habe sowohl im

③ Europarat als auch im Wiener Journalistenklub Concordia die Auffassung vertreten, die Frage Westberlins gehöre in die KSZE-Traktanden:

«Eine solche Haltung bedeutet tatsächlich nichts anderes, als die Konferenz mit einem weiteren, überaus komplizierten Problem zu belasten und so ihre Erfolgsaussichten auf ein Minimum zu reduzieren. Und die Vorschläge Kreiskys, den Fragenkomplex des Mittleren Ostens ins Verhandlungsprogramm aufzunehmen, bedeuten wiederum nichts anderes als eine Angleichung an den Standpunkt der USA, die auf diese Weise die gesamteuropäische Konferenz torpedieren wollen. Der österreichische Kanzler Dr. Bruno Kreisky entwertet durch seine Einstellung die neue aussenpolitische Initiative Oesterreichs (zugunsten der KSZE; Anm.). Das schadet in gleicher Weise dem internationalen Ansehen der österreichischen Neutralität und der gesamteuropäischen Atmosphäre.»<sup>4</sup>

Als neutralitätswidrig betrachtet Prag ferner die «Grenzverletzungen», die Oesterreich dadurch begeht, dass es Flüchtlinge nicht zurückweist.<sup>5</sup>

Die Kritik des Sowjetlagers an der österreichischen Neutralität ist besonders aufschlussreich in jenem Teil, der sich auf die Existenz eines österreichischen Bundesheeres bezieht.

Bemerkenswert daran ist schon der Umstand, dass anderweitig bis generell das Recht auf bewaffnete Neutralität anerkannt bis betont wird.

## Warum darf der Luns bei euch einfach so daherreden?

Praktisch am sowjetischen Neutralitätskonzept ist, dass es sich in wesentlichen Elementen auch auf nichtneutrale Staaten übertragen lässt. So fordert man jetzt unter Berufung auf die KSZE von den westeuropäischen Ländern, dass sie ihren Bürgern und Zeitungen antisowjetische Äusserungen verbieten.

Besonders unbefangen wirkt zum Beispiel die Erwartung, dass es dem NATO-Generalsekretär Luns in seiner holländischen Heimat von Rechts wegen eigentlich verwehrt sein sollte, von der militärischen Bedrohung aus dem Osten zu reden.

Die Moskauer «Literaturnaja gaseta» schrieb dazu am 3. November 1976:

«Wir können nicht verstehen, warum die Niederlande, welche die Schlussakte der KSZE unterzeichnet haben, ihrem Staatsbürger Josef Luns (...) gestatten, Tag für Tag die europäische Sicherheit und Zusammenarbeit zu sabotieren.»

Und anschliessend drückte die «LG» das gewohntere Erstaunen darüber aus, dass die holländische Presse täglich verleumderische Artikel über die Sowjetunion bringe.

Die Berücksichtigung der sowjetischen Zensurwünsche wäre doch wirklich das mindeste, was Westeuropa im Interesse von Sicherheit und Zusammenarbeit tun könnte.

Die sowjetische Fachliteratur weist schon seit Jahrzehnten kontinuierlich darauf hin, der neutrale Staat müsse instande sein, seine Neutralität mit eigenen Streitkräften zu verteidigen.<sup>6</sup> Nur eben: die Anwendung zielt auf jene Länder ab, die ihre Neutralität richtigerweise in Opposition zum (westlichen) Imperialismus verstehen.

Aber im Falle Oesterreichs sollte die Neutralität entwaffnet sein und entwaffnend wirken. Diesem Land empfiehlt man, durch Auflösung der eigenen Armee mit dem guten Beispiel voranzugehen, im Interesse der allgemeinen Abrüstung, Truppenreduktion und Entspannung.

Die allgemeine Ermahnung kann auch spezifischer vorgetragen werden, zum Beispiel an die Adresse der Sozialdemokraten.

So unterstellte die «Prager Volkszeitung» Differenzen zwischen oben und unten in der OeSP. Die einfachen Parteimitglieder seien für die Abschaffung der Armee, aber dem widersetzte sich die Parteiführung, die sich — nicht anders als die bourgeoise OeVP — auf das Prinzip der bewaffneten Neutralität berufe. Dabei werde diese Maxime völlig missverstanden. Das Neutralitätsgesetz von 1955 verpflichte nämlich Oesterreich lediglich zur Verteidigung seiner Neutralität, und diese sei heute ohnehin nicht gefährdet. Die Zeitung fügte dann etwas ausserhalb dieser idyllischen Argumentationslinie hinzu:

«Im Zeitalter der zerstörerischen Kriegführung könnte die österreichische Armee die Neutralität des Landes sowieso nicht verteidigen. Die Gefahr besteht hingegen, dass die Armee als Ordnungsmacht der Reaktion unter der Parole der Aufrechterhaltung der Ordnung gegen das Volk eingesetzt wird.»<sup>7</sup>

(Diese Betrachtung der Armeefunktion ist auch westlich von Oesterreich nicht so unbekannt. Als Warnung aus der militärisch zur Ordnung gerufenen Tschechoslowakei ist sie aber besonders traulich.)

Die KP Oesterreichs hat auf ihrem 21. Parteitag 1970 einen Beschluss im gleichen Sinne gefasst (Punkt 7 f):

«Die KPÖ lehnt das heute bestehende Bundesheer grundsätzlich ab und tritt für die Abschaffung desselben im Rahmen des Kampfes um eine allgemeine Abrüstung und die Schaffung eines Systems der europäischen Sicherheit ein. Eine aktive Neutralitäts- und Friedenspolitik ist der weitaus beste Schutz für die Unabhängigkeit unseres Landes.»<sup>8</sup>

Zu den altgewohnten Vorwürfen an die OeSP (die man deshalb speziell ermahnt, weil man sie für belehrbarer hält) gehört überhaupt die Beschuldigung, ihr Neutralitätsbegriff sei nicht aktiv genug. Man ersehe das an der ständigen Versicherung der Sozialdemokraten, sie seien «keine Neutralisten».<sup>9</sup>

Noch schlimmer als keine aktive Neutralitätspolitik zu betreiben ist es freilich, eine aktive Neutralitätspolitik falsch zu betreiben. Das nennt man dann Neutralitätsverletzung:

«Wann immer der Gedanke der sogenannten europäischen Integration aufkam, das heisst die Bestrebung, die kapitalistischen Staaten zwecks Liquidierung des sozialistischen Lagers organisatorisch zu einer einzigen Front zusammenzufassen, ergriffen die österreichischen Kreise, die unter dem imperialistischen Einfluss des Deutschen Reiches (!) stehen, die Gelegenheit, die Verpflichtungen in Frage zu stellen, die sich aus der ständigen Neutralität Oesterreichs ergeben.»<sup>10</sup>

Wenn die Neutralitätsgestaltung Oesterreichs, das sich im direkten Vorgelände des Sowjetlagers befindet, von dort her besonders häufig beanstandet wird, will das nicht heissen, dass die Sowjets die schweizerische Neutralitätskonzeption grundsätzlich weniger tadelnswert finden. Als Faktor der europäischen Tagespolitik steht sie weniger zur Debatte, aber generell lässt man keinen Zweifel daran, dass sie einen gültigen Gegensatz zur richtigen Neutralität (für die Finnland das Beispiel ist) darstellt.

#### Ueber die Schweiz: Wirklich das neutrale Musterland — für die Imperialisten.

Im jüngsten osteuropäischen Werk zu dieser Thematik hat Imre Patko 1975 die Schweiz als das neutrale Musterland par excellence dargestellt, nämlich als das neutrale Musterland von Kapitalismus und Imperialismus. Dort lasse die angebliche Neutralität sogar eine wütende antikommunistische Haltung zu, die bis zur Hexenjagd gehe. Es seien das internationale Kapital und die imperialistischen Staaten, die aufgrund ihrer eigenen Interessen die Schweiz «neutral» (Anführungszeichen von Patko) haben wollten.<sup>11</sup>

Kritik aus konkreten Anlässen ist dagegen, wie gesagt, seltener. Zu einer allgemeinen Empörung im Sowjetlager hatte es zu Beginn der sechziger Jahre gereicht, als einigen Künstlern oder Ensembles das schweizerische Einreisevisum verweigert worden war. Wie man bei einer solchen Gelegenheit in Prag schrieb, war das «auf keinen Fall mit dem Begriff vereinbar, den sich die Weltöffentlichkeit von der Neutralität macht».<sup>12</sup> Nun, unterdessen bestehen ja solche Schwierigkeiten nicht mehr; fraglich ist wiederum jeweils höchstens das Ausreisevisum der betreffenden sozialistischen Staaten. Aber die sind ja auch nicht *neutral*.

#### Da schaut euch dagegen Finnland an: Es ist echt neutral, weil es auf unserer Seite steht.

Von der schlechteren bis falschen Neutralität in den Alpen hebt sich die bessere bis richtige Neutralität in Skandinavien ab. Schweden ist weniger tadelnswert als die Schweiz und Oesterreich; Finnland ist beispielhaft.

In der Tat wird die finnische Neutralität vom Sowjetlager nicht nur gerühmt, sondern allseitig zur Nachahmung empfohlen.

Die Echtheit der Neutralität Finnlands zeigt sich laut Patko nicht zuletzt darin, dass es an aussenpolitischen Aktionen der Sowjetunion teilnimmt: «Auch Finnland lebt im kapitalistischen System, unterhält aber trotzdem direkte gutnachbarliche Beziehungen und vertragliche Kontakte mit den sozialistischen Staaten. Im Unterschied zu allen andern neutralen Ländern Europas sind in Finnland die Kommunisten regelmässig in der Regierung vertreten. Ohne sich dem Bündnis der sozialistischen Länder anzuschliessen und ohne an der sozialistischen wirtschaftlichen Integration teilzuhaben, sucht Finnland nach Mitteln und Wegen, um die politische und wirtschaftliche Zusammenarbeit (mit dem sozialistischen Lager) auszuweiten. Es verweigert jegliche Mitwirkung am kalten Krieg gegen die sozialistischen Staaten und hält sich andererseits nie von einer internationalen Aktion fern, nur weil sie von der Sowjetunion oder einem andern sozialistischen Land organisiert wird.»

Patko vermerkt, dass die finnische Neutralität immer noch als «Sonderfall» in der Geschichte der Neutralität gelte, aber das werde sich schon noch ändern. Dass eine echte Neutralität wie die finnische überhaupt entstehen konnte, sei der geänderten Weltlage und der erhöhten Autorität der sozialistischen Länder zuzuschreiben:

«Wie stark das sozialistische Weltssystem konsolidiert ist, lässt sich gerade daraus ersehen, dass auch eine solche Neutralität möglich geworden ist. Der sowjetischen Grenze entlang kann ein kleines kapitalistisches Land friedliche und beidseitig vorteilhafte Beziehungen mit dem führenden Land des Sozialismus aufrechterhalten, unter Beibehaltung seiner Souveränität und mit einem politischen Spielraum, der eher grösser und jedenfalls nicht kleiner ist als der politische Spielraum vergleichbarer Kleinstaaten.»<sup>13</sup>

Laut osteuropäischer Darstellung hatte der amerikanische Imperialismus zur Zeit des kalten Krieges eine Souveränität à la Finnland — und somit die wahrhaftige Souveränität überhaupt — für einen Verrat an der kapitalistischen «freien Welt» gehalten, aber unterdessen habe er lernen müssen, sich damit abzufinden. Auf westliches Unverständnis ist nach dieser Auffassung auch der Begriff der «Finnlandisierung» zurückzuführen, gegen den sich das Sowjetlager mit Empörung verwahrt. Die kapitalistische Welt habe die sozialismusfreundliche Neutralität Finnlands nur als Kapitulation vor der (sowjetischen) Macht deuten können; daher die Unterstellung einer «Finnlandisierung» als Ausfluss sowjetischer Machtpolitik. (Und das nach der Versicherung, dass die finnische Art der Neutralität ausschliesslich dem Autoritätsanstieg des sozialistischen Lagers zu danken sei...)

Wenn es heute, so argumentiert man in Osteuropa, neben dem kapitalistisch-imperialistischen Weltlager auch ein sozialistisches Weltlager gibt (à propos: was ist da mit China?; Anm.), muss die Neutralität in beiden Richtungen spielen; einen andern Sinn könne das Wort «neutral» heute nicht mehr haben.<sup>14</sup>

Solche postulierte Gleichgültigkeit schliesst natürlich die zusätzliche inhaltliche Sinngabe für eine richtig verstandene Neutralität nicht aus.



alle unsere  
hauseigenen Käsesorten

ROTH-Käse · ROTH-amino  
ROTH-Rofumo · ROTH-Rahm-Käse

werden

**ohne Salpeter-Zusatz**

aus

**garantiert silofreier  
Frischmilch**

hergestellt.

Damit erfüllen wir die berechtigten Kassensturz-Forderungen vom 11.10.76 schon seit 41 Jahren aus eigener Überzeugung!  
Achten Sie beim Käse-Einkauf auf unser Garantie-Siegel.

**Roth-Käse AG, 8610 Uster**

## Auch Finnland hat noch zu lernen

So vorbildlich die finnische Neutralität für andere kapitalistische Staaten ist, so verbesserungsfähig ist sie als Garant der besonderen Beziehung zum sowjetischen Beistandspartner. Neuerdings ist die Ermahnung ausgesprochen worden, Finnland dürfe ob seiner Neutralität doch nicht seine Bündnispflichten gegenüber der UdSSR vergessen.

In der sowjetischen Hauptstadt ist dieses Jahr ein Buch erschienen, das die militärischen Beistandsklauseln des sowjetisch-finnischen Freundschaftsvertrags von 1948 hervorhebt.

Unter dem Titel «30 Jahre gutnachbarliche Beziehungen» stellen die Verfasser T. Barentjow und Ju. Kommissarow fest, dass der Aspekt der finnischen Neutralität nicht über die Beistandsver-

pflichtungen gestellt werden dürfe, die für einen Konfliktfall vorgesehen seien. Der Freundschaftsvertrag von 1948 postuliert militärische Konsultationen zwischen den beiden Ländern im Fall eines Angriffs auf Finnland oder die Sowjetunion. (Man hatte das damals als Absicherung gegen ein Wiederaufleben der deutschen Gefahr interpretiert.) Die Buchautoren verweisen heute auf den übertragbaren Sinn dieser Klauseln und betonen, dass Finnland «nicht nur» neutral sei, «sondern auch» offizieller Bundesgenosse der Sowjetunion.

Die finnische Neutralität ist beispielhaft für die übrige Welt. Nur darf es natürlich nicht so weit kommen, dass die Finnen am Ende selber an ihr Recht auf Neutralität glauben.

Wie wir schon gesehen haben, ist zum Beispiel die Neutralität in sowjetischer und sowjetgenehmer Auffassung eine Form des Friedenskampfes, wobei der Kampf um den Frieden schon definitionsgemäss nur mit dem sozialistischen Friedenslager und nur gegen den westlichen Imperialismus geführt werden kann (siehe ZB, Nrn. 23 und 24). Neutralität bedeutet organisatorische Blocklosigkeit; im Wertesystem hat sie sich hingegen auf jeden Fall allen Einflüssen des «kalten Krieges» aus dem Westen zu verschliessen und darf sich allen «Friedensaktionen» aus dem Osten öffnen.

Die Neutralität setzt eine sowjetfreundliche Haltung kapitalistischer Staaten voraus; neutrale sozialistische Staaten darf es ja nicht geben.

### Neutralitätsprogramme der westeuropäischen Kommunisten: In der Nato wollen wir nur bleiben, falls wir an die Regierung kommen.

Weil das sowjetische Neutralitätskonzept nur für kapitalistische Staaten gilt, wird es auch diesen Staaten besonders nahegelegt, und zwar unmittelbar und mittelbar. Zur Propagierung dieser Ideen in der politisch jeweils möglichen Ausprägung spielen geeignete Kräfte innerhalb der betreffenden Länder eine wichtige Rolle.

Insbesondere haben sich mehrere westeuropäische kommunistische Parteien neutralitätspolitisch engagiert. In Ländern mit einem schon vorhandenen Neutralitätsstatus geht es um eine bessere Interpretation des Begriffes, vorwiegend in Annäherung an Neutralismus. In Ländern, die einer westlichen Gemeinschaft angehören, geht es je nach dem um ihren Austritt, um ihre faktische Neutralisierung, um Ausgleichsbemühungen durch vermehrte Berücksichtigung des Sowjetlagers oder wenigstens um Verhinderung einer weitergehenden Westintegration.

Mehrere westeuropäische KP haben die Forderung nach einem neutralen Status für ihr Land ausdrücklich erhoben und in ihr Parteiprogramm aufgenommen. Das betrifft unter anderem Belgien (20. Kongress 1971), Dänemark (23. Kongress 1961), die Niederlande (22. Kongress 1967) und Norwegen (12. Kongress 1968 und 13. Kongress 1971).

Andere kommunistische Parteien Westeuropas begnügten oder begnügen sich in der Regel vorerst damit, den Austritt ihres Landes aus Nato und/oder EG zu fordern, um so der westlichen Integration entgegenzuwirken.<sup>15</sup>

So hatte die belgische KP entgegen ihrer späteren Neutralitätsforderung noch bei ihrem 18. Parteitag 1966 lediglich die Auflösung aller militärischen Bündnisse und vor allem der Nato verlangt.<sup>16</sup> Das gehört zu den regelmässigen oder zeitweiligen Forderungen fast aller westeuropäischen KP. Im Falle der KPI hat man allerdings das seinerzeitige Begehren nach Austritt Italiens aus der Nato (12. Kongress 1968)<sup>17</sup> heute ausdrücklich zurückgenommen. Dort, wo eine KP unmittelbare Aussicht hat, ganz oder teilweise an die Macht zu kommen, verschiebt sich die Interessenlage; ein kommunistisch regiertes oder mit-regiertes Land kann das westliche Verteidigungsbündnis durch Verbleiben wirksamer bekämpfen als durch Wegbleiben.

Aufschlussreich ist in dieser Beziehung die jeweilige Haltung der portugiesischen KP. Ihr 6. Kongress von 1966 nahm ausdrücklich gegen die Nato und die portugiesische Nato-Mitgliedschaft Stellung.<sup>18</sup> (Entsprechend wandte sich die Partei 1972 auch gegen das angestrebte EG-Abkommen Portugals, das sie als «nationalen Verrat» bezeichnete.<sup>19</sup>) Als aber im Herbst 1974 die kommunistische Machtergreifung gesichert schien, hatte der PKP-Kongress nichts mehr gegen die Nato-Zugehörigkeit des Landes einzuwenden. Dann kam vor einem Jahr für die PKP ein Rückschlag, und die Parteilinie änderte sich erneut, wenn auch diesmal nicht so abrupt. Die Partei polemisiert wiederum gegen die Nato, ohne aber direkt und programmatisch den Austritt zu fordern; man will für den Fall einer innenpolitischen Veränderung offenbar nicht wieder um 180 Grad schwenken müssen.

Der Kampf gegen die Europäische Gemeinschaft erreichte seinen Höhepunkt zu Beginn der siebziger Jahre, als man noch den Beitritt Grossbritanniens zu verhindern hoffte. Die Stellungnahme der britischen KP zum Beispiel anlässlich ihres 12. Parteitages von 1969<sup>20</sup> wurde von den Bruderparteien auf dem Kontinent sekundiert. Die KP Luxemburgs etwa äusserte sich auf

ihrem 20. Kongress 1970 dazu generell und speziell:

«Die bisherige EWG-Politik bedeutet für unser Land eine skandalöse Unterwerfung unter das Diktat der westeuropäischen und amerikanischen Trustherren. Die Aufnahme Englands in die EWG würde das Eindringen des amerikanischen Kapitals noch mehr erleichtern.»<sup>21</sup>

Die kommunistischen Parteien Westeuropas erklärten an ihrer Beratung von 1972: «Die EWG widerspricht den Interessen der Völker.»<sup>22</sup>

Inzwischen wird die Feindschaft zur EG vom Verlangen überlagert, sich die Gemeinschaft nutzbar zu machen, was die Abnahme der Frontalangriffe erklärt.

(Schluss folgt)

## Anmerkungen

- 1 B. W. Ganjuschkin: «Neutralität und Blockfreiheit», russisch, Moskau 1965, S. 177.
- 2 Kurt Berger: «Neutralitätswidrige Praktiken. Beziehungen des österreichischen Bundesheeres zur Nato aufgedeckt». In «Prager Volkszeitung», 2. 7. 1971.
- 3 «Uj szo», Bratislava, 13. 7. 1964.
- 4 Ludwig Krause: «Europäische Sicherheit und die neutralen Staaten». In «Prager Volkszeitung», 26. 2. 1971.
- 5 «Uj szo», 26. 2. 1967: «Der Schutz der Staatsgrenze ist eine interne Angelegenheit».
- 6 «Juriditscheskij slowar» (Rechtswörterbuch), Moskau 1956, Bd. II, S. 171.
- 7 Wie unter 4.
- 8 Informationsbulletin (IB) der Sowjetbotschaft in Wien, Nr. 13—14/1970.
- 9 Gyula Hajdu: «Die Neutralität im kalten Krieg. Die Entstehung der positiven Neutralität», ungarisch, Budapest 1963, S. 57.
- 10 Hajdu, S. 63.
- 11 Imre Patko: «Die „Supermacht“ und die kleinen Länder», ungarisch, Budapest 1975, S. 145.
- 12 «Rude pravo», Prag, 1. 6. 1962.
- 13 Patko, S. 144.
- 14 Patko, S. 145.
- 15 Laszlo Revesz: «Kommentar zum Statut der KPDSU», Bern 1973, S. 190 ff.
- 16 IB, Nr. 1/1967.
- 17 IB, Nr. 3/1969.
- 18 IB, Nr. 3/1966.
- 19 IB, Nr. 20—21/1972.
- 20 IB, Nr. 8/1970.
- 21 IB, Nr. 24/1971.
- 22 IB, Nr. 23—24/1972.

**ZEITBILD** erscheint alle zwei Wochen

Redaktion - Administration - Anzeigenverwaltung

Jubiläumsstrasse 41, CH-3000 Bern 6  
Tel. 031 43 12 12, Telex 32728 soi ch

Telegramm Schweizost

Postcheck ZeitBild 30-24616, Banken: Spar+Leihkasse Bern 153.400.2.03, Deutsche Bank Frankfurt a. M. (BLZ 500 700 10) 78-2409

Printed in Switzerland ISSN 0044-2100

**Verantwortlicher Herausgeber und Verlag**  
Schweizerisches Ost-Institut AG (SOI)  
Jubiläumsstrasse 41, CH-3000 Bern 6

**Redaktion**  
Peter Sager, Christian Brügger

**Administration und Anzeigenverwaltung**  
Peter Dolder

### Abonnementspreise

Fr. 34.- jährlich (Ausland Fr. 37.-, DM 34.-)  
Studenten und Lehrlinge Fr. 20.-  
(Ausland Fr. 23.-, DM 20.-)  
Halbjahr Fr. 18.- (Ausland Fr. 20.-, DM 18.-)  
Einzelnnummer Fr. 1.50 (Ausland Fr. 2.-, DM 1,50)